

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 3 M. pro Quartal
bei freier Zufendung unter Kreuzband 4 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Denkt daran, um was es geht!

Noch niemals hat sich der Gegensatz zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden so drastisch gezeigt, wie in dem gegenwärtigen Wahlkampf. Millionen Menschen sind arbeitslos und vegetieren im tiefsten Elend. Tausende sind in ihrer Existenz bedroht. Immer neue und größere Opfer fordert das Darniederliegen der deutschen Wirtschaft. Solange die außenpolitischen Schwierigkeiten nicht überwunden waren, hielt die große Koalition zusammen, dazu brauchte man ja die sozialdemokratischen Arbeitervertreter. Als der Youngplan endgültig abgeschlossen war und man daran gehen mußte, im Innern des Reiches Ordnung zu schaffen, die Lasten des Krieges und der Wirtschaftverschlechterung zu verteilen, trat die gesamte bürgerliche Reaktion auf den Plan, ohne die Sozialdemokraten diese Aufgaben durchzuführen, um die Lasten auf das arbeitende Volk abzuwälzen. Das Diktaturkabinett Brüning, das sogenannte „Frontkämpfer- und Hindenburgkabinett“, hat in den letzten Wochen durch seine skandalöse Steuerpolitik, durch seine unsinnige katastrophale Wirtschaftspolitik, durch seine Lohnabbaupolitik, durch seine Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik in erschreckender Weise gezeigt, wie es die Lastenverteilung vornimmt und auf diesem Wege fortzufahren gedenkt.

Die Wahl am 14. September wird also darüber entscheiden, ob das Gesicht auch des neuen Deutschland wieder wie das des alten Obrigkeitstaates allein von der kleinen einflußreichen Schicht der Besitzenden bestimmt wird, oder von den 50 Millionen werktätigen

Wählern, Frauen und Arbeitern, Angestellten und Beamten, die von der Hand in den Mund leben, die bereit und willens sind, den Staat nach ihrem Willen zu gestalten.

Die Macht dazu und die Möglichkeit ist ihnen durch das allgemeine gleiche Wahlrecht bis jetzt noch gegeben. Nur um die Frage dreht sich's aber — und das ist die Schicksalsfrage für die deutsche Arbeiterschaft am 14. September — ob sie diese Möglichkeit in der letzten Stunde zu ergreifen weiß, ob sie nun auch den Ernst der Situation zu würdigen weiß und geschlossen alle Kräfte einsetzt in diesem

Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit

Täusche sich niemand darüber, der Arbeiter nicht, der Angestellte und auch der Beamte nicht: Bei dieser Reichstagswahl geht es um den vollen Einsatz seiner wirtschaftlichen und sozialen Stellung, seiner staatsbürgerlichen und geistigen Freiheit! Es geht um eure Existenz! Es geht um eure Höchste, eure Freiheit, eure Zukunft! Keine Stimme dem bürgerlichen Geldsack-Block, der durch seine Schacher- und Interessenpolitik der Verbraucherschaft den Brotkorb höher gehängt hat, der Kapitalsdiktatur. Keine Stimme den Nationalfaschisten oder Kommunisten, die das Parlament, euer Selbstbestimmungs-Instrument, zerschlagen wollen!

Die Macht gehört der großen Arbeiterpartei! Liste 1

Alle Stimmen der Sozialdemokratie

Wahlkampf ist Lohnkampf.

Nicht nur im Hinblick auf die bevorstehende Reichstagswahl, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen sollte jeder deutsche Arbeitnehmer den Einfluß des Staates auf die heutige Lohngestaltung kennen. Diese staatliche Einflußnahme auf den Lohn ergibt sich nämlich auf dreifache Art: 1. beim Zustandekommen von Tarifverträgen, 2. durch die Steuer- und Zollpolitik und 3. durch eine preisregulierende Kartellpolitik. Welche Bedeutung in den angeführten Fällen jeweils dem Staate beizumessen ist, sollen die nachstehenden Darlegungen kurz andeuten. Vorweg sei jedoch betont, daß auch hier wie überall im politischen Leben die Einflußnahme des Staates weitgehend von der Lagerung der politischen Machtverhältnisse, das heißt von der Zusammensetzung der Parlamente abhängig ist.

1. Geburtshilfe beim Tarifvertrag. Nach den neuesten Veröffentlichungen im Reichsarbeitsblatt wurden 1928 insgesamt 1814 Anträge auf die Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen gestellt. In den Jahren 1924 und 1925 war die Zahl der Anträge annähernd doppelt so hoch. Danach zu urteilen, ist mit dem organischen und finanziellen Wachstum der Gewerkschaften in den letzten Jahren die Bedeutung des staatlichen Schlichtungswesens zurückgegangen. Immerhin bedeutet die Schlichtung von nahezu 2000 Tarifkonflikten noch ein sehr beachtliches Faktum in der gewerkschaftlichen Lohnpolitik.

Die erwähnten 1814 Anträge auf Verbindlichkeitsklärung wurden wie folgt erledigt: In 434 Fällen wurde die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen, in 479 Fällen wurde sie verlagert. Bei den übrigen wurde eine Einigung erzielt. Es wäre nun sehr interessant, zu erfahren, wieviel Arbeitnehmer von dieser Regelung betroffen wurden. Leider gibt darüber die Statistik keine Auskunft. Einige Einzelfälle aus der Praxis lassen jedoch die große Bedeutung des staatlichen Schlichtungswesens erkennen. Im Ruhrbergbau, in dem zur Zeit noch 350 000 Arbeiter beschäftigt werden, mußten die Tarifkonflikte in den letzten Jahren fast immer mit staatlicher Hilfe beendet werden. In der Schwerindustrie von Rheinland-Westfalen, in der auch Hunderttausende beschäftigt werden, liegen die Verhältnisse ähnlich. Erinnerung sei nur an den großen Nordwestkampf und den Deynhauser Schiedsspruch von Stegerwald.

Nach der Schlichtungsverordnung erfolgt die Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen, soweit sich diese auf

den zuständigen Bezirk eines Schlichters erstrecken, durch den Schlichter. Die Schlichter selbst werden vom Reichsarbeitsminister bestellt. Soweit die Schiedssprüche über den bezirklichen Rahmen eines Schlichters hinausgehen, werden sie vom Reichsarbeitsminister verbindlich erklärt.

Im Interesse der zukünftigen Lohngestaltung kann und darf es deshalb der Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein, wer den staatlichen Schlichtungsapparat bedient und beherrscht. Solange die Machtposition verschiedener Verbände nicht günstiger ist, müßte eine Bürgerblockregierung auf längere Sicht zu den schwersten lohnpolitischen Rückschlägen führen. Ohne die reaktionären Handlungen des Zentrumsministers Stegerwald entschuldigen zu wollen, muß auch beachtet werden, daß der Reichsarbeitsminister nicht eine völlige Handlungsfreiheit genießt. Er muß die wirtschaftspolitische Linie der gesamten Regierung einhalten. Diese wiederum wird bestimmt durch die politische Machtkonstellation. Außerdem war man bisher wiederholt bei der Beurteilung von wirtschaftspolitischen bedeutungsvollen Arbeitskonflikten sehr stark auf die zumächstigen Interessen, Erhebungen und Gutachten des Reichswirtschaftsministeriums angewiesen. Daraus ergibt sich erneut die Notwendigkeit einer Erfüllung der wirtschaftsdemokratischen Forderungen der Gewerkschaften, die nur dann gewährleistet ist, wenn der politische Einfluß der freiorganisierten Arbeiterschaft nicht schlechter, sondern stärker wird.

2. Die Steuer- und Zollpolitik. Im letzten Rechnungsjahr betrug die Steuerlast des Reiches 6,1 Milliarden Mark. Durch Zölle und Verbrauchsabgaben wurden demnach rund 2,9 Milliarden Mark vereinnahmt. Insgesamt wurden demnach rund 9 Milliarden Mark der Reichseinnahmen durch Steuern und Zölle aufgebracht. (Wirtschaft und Statistik Nr. 9.) Da das Institut für Konjunkturforschung das deutsche Volkseinkommen auf 65 bis 70 Milliarden schätzt, so ergibt sich, daß diese öffentliche Last den 7. bis 8. Teil des deutschen Volkseinkommens ausmacht.

Bei der Verteilung der Steuerlast unterscheidet man zwischen Massen- und Besitzsteuern. Zu ersteren zählt man in der Regel die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer und die Beförderungsteuer. Durch diese drei Steuerarten allein wurden nicht weniger als 2,7 Milliarden Mark eingebracht. Die Gesamteinnahmen aus der preissteigernden Zollpolitik betragen rund 1 Milliarde Mark. Die übrigen Verbrauchsabgaben (Tabak-, Zucker-, Bier-, Spiritussteuer usw.) be-

ziffern sich auf 1,9 Milliarden Mark. Zwei Drittel aller Einnahmen wurden deshalb durch Massenbelastung erzielt. Wohlgemerkt: Zwei Drittel aller Reichssteuern sind Massensteuern. Gut zwei Drittel aller Reichstagsvertreter waren in der letzten Legislaturperiode auch Gegner der Sozialdemokratischen Partei.

Braucht man deshalb noch lange zu fragen, wieso und warum die Verteilung der Steuerlasten in Deutschland höchst unsozial und ungerecht ist? Darf es angeht's dieser Lasten noch Arbeitnehmer geben, die zu dem großen Heer der Indifferenten und Nichtwähler zählen?

3. Einfluß auf die Preisgestaltung. Nach zuverlässigen Schätzungen gibt es in Deutschland etwa 3000 Kartelle. Der Zweck dieser Vereinigungen ist, eine Ausschaltung der Konkurrenz und damit eine künstliche Hochhaltung der Preise zu erzielen. Hohe Preise vermindern aber die Kaufkraft des Lohnes und beeinträchtigen damit die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in ungünstiger Weise. Mit Fug und Recht fordern deshalb die Gewerkschaften seit einigen Jahren einen staatlichen und gewerkschaftlichen Einfluß auf die Kartellpolitik, um den privaten Mißbrauch dieser wirtschaftlichen Monopollstellungen zu verhindern.

Bis jetzt hat man die wirtschaftsdemokratischen Forderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt. In Anlehnung an die erste Kartellverordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen hat man bis jetzt nur auf dem Wege der Notverordnung die Bestimmungen zur „Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen“ erweitert. Danach kann die Reichsregierung Abmachungen über Preise (Kartellverträge) für nichtig erklären. Ferner kann sie übermäßige Preisspannen beim Verkauf von Markenartikeln verhindern. Durch die Ermächtigung zu Zollaufhebungen bzw. Zollherabsetzungen bei der Wareneinfuhr kann sie ebenfalls preisgestaltend wirken. Vor Erlass einer Maßnahme soll die Regierung die beteiligten Wirtschaftskreise hören und den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat um eine gutachtliche Stellungnahme ersuchen.

Wenn diese Bestimmungen auch nur Kannbestimmungen und keine Mussvorschriften enthalten, so bieten sie einer sozial fortschrittlichen Regierung doch wertvolle Handhaben gegen den Kartellwucher. Die Arbeitnehmer haben daher am 14. September auch darüber zu entscheiden, ob sie weiterhin der Preisdiktatur unterworfen sein wollen oder ob sie das wirtschaftspolitische Steuer der Sozialdemokratie sichern.

Katastrophenpolitik.

Der rührigste der gegenwärtigen Reichsminister ist zweifellos der Reichsernährungsminister Schiele. Mit einem außergewöhnlichem Elber hat er die agrarischen Interessen in den Vordergrund zu schieben verstanden. Angefangen von der Erhöhung des Getreidezolles im Mai dieses Jahres auf 15 M und den hohen Zöllen für Vieh, Fleisch und Milchprodukte, ist ein Gesetz nach dem andern zum Schutze der Landwirtschaft eingeführt worden, ohne daß die Öffentlichkeit dagegen opponiert hätte. Neben den erwähnten Zollerhöhungen wurde das Gesetz über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau wieder eingeführt. Die zollfreie Gefrierfleisch-einfuhr wurde aufgehoben. Ein Maismonopol wurde geschaffen. Daneben wurde ein umfangreiches „Fei“-Zwangssystem eingeführt. Dem Verzehrszwang für Inlandsweizen folgten der Roggenbeimahlungszwang, der Weizenzwang des Brotesgesetzes, der Spiritusbeimahlungszwang bei Treibstoffen usw. Weiter wird geplant ein Verarbeitungszwang für Inlandsfein bei der Margarinefabrikation und was dergleichen Dinge mehr sind. Mit dem Beimahlungszwang wirkt man die Entwicklung der Geschmacksrichtung und sonstige natürliche Entwicklungsgesetze glatt über den Haufen.

Das stärkste Stück wurde aber geleistet durch die neu eingeschlagene Zollpolitik der Regierung. Man versuchte durch Umgehung des Reichszolles den Meistbegünstigungsrecht des höheren Zolles für Butter, Käse um sofort herbeizuführen. Der Butterzoll ist bekanntlich im Juni von 27,50 auf 50 M erhöht worden. Da der Butterzoll im deutsch-finnischen Handelsvertrag gebunden war, versiel man auf den Gedanken, durch einen Privatvertrag das gleiche zu erreichen. Finnland sollte die vertragsmäßige Zulassung erhalten, die doppelte Menge Produkte nach Deutschland zu hohen Preisen einführen zu können. Das hätte naturgemäß eine Schwächung der Butter- und Käseinfuhren anderer Länder, namentlich Hollands und Dänemarks, zur Folge gehabt. Es fehlte deshalb in diesen Ländern, vor allem in Holland, eine Boykottbewegung gegen deutsche Industriewaren ein. Die ernstzunehmende heraufziehende Gefahr wurde von den Industriekreisen erkannt und ganz energisch gegen derartige Katastrophenpolitik protestiert. Die Textilindustrie führte zum Beispiel an, daß die Gesamtausfuhr von Deutschland nach Holland auf 1855 Millionen Mark gestiegen sei und dieses gewaltige Exportgebiet verlustig zu gehen drohe.

Es wird in der Tat hohe Zeit, daß mit dieser widerspruchsvollen Politik der Reichsregierung Schluß gemacht wird. Der Minister für Volksanerkennung und Genossen geht derartig rücksichtslos über die Interessen der Gesamtwirtschaft hinweg, daß sie nicht schnell genug beseitigt werden können. Eine Gelegenheit bietet sich hierzu am 14. September durch die Abgabe der Stimmzettel für Liste 1.

Ein erfreulicher Erfolg.

Nachdem in verschiedenen Orten, in denen Filialen unseres Verbandes bestehen, so in Frankfurt a. M., Offen, Hannover, Celle und andern, die Arbeitgeber des Malergewerbes versuchten, Innungs-Krankenkassen zu errichten, zum Teil auch durchzuführen, hat der Verbandsvorstand wiederholt zu dieser Angelegenheit Stellung genommen. Durch mehrere Artikel im Verbandsorgan „Der Maler“, zum Beispiel in Nummer 9 und 11 1930 und Rundschreiben, sind die Filialverwaltungen und Mitglieder über unsere Stellungnahme und den Stand des Arbeitgebervorstoßes unterrichtet worden. Wir haben uns in jedem Falle scharf gegen die Gründung von Innungs-Krankenkassen, die immer nur von geringem Umfange sein können und schon deshalb nicht leistungsfähig sind, ausgesprochen und alle Wege beschritten, um das Zustandekommen einer Innungs-Krankenkasse zu verhindern. Es sei hier nochmals an den heftigen, aber zuletzt erfreulicherweise siegreichen Kampf unserer Frankfurter Kollegen erinnert, durch den eine weitere Zerspaltung der Krankenkassenwesens dort verhindert werden konnte. In andern Orten war unser Vorgehen zum Teil leider weniger erfolgreich.

Da Bestrebungen auf Errichtung von Innungs-Krankenkassen auch in den andern zum Vangewerbe gehörigen Berufsgruppen im Gange waren, entschlossen sich die hängewerblichen Organisationen zu einer gemeinsamen Eingabe an die Reichsregierung und die Regierungen der Länder. Man hat, der Errichtung von Innungs-Krankenkassen die Zustimmung zu verweigern. Die achtseltige Eingabe enthielt ein außerordentlich reichhaltiges Material, aus dem der Umfang der Innungs-Krankenkassen-Gründungen unzweifelhaft hervorging; denn es steht wohl außer allem Zweifel, daß zum Beispiel Krankenkassen mit noch nicht 100 Mitgliedern, darunter der überwiegende Teil Lehrlinge, nicht lebensfähig sind. Besonders wurde auch dagegen Einspruch erhoben, daß die Behörden die Genehmigung zur Errichtung der Innungs-Krankenkassen oft erteilten, obwohl sie wußten, daß die Arbeitnehmer dieser Gründung scharf ablehnend gegenüberstanden und statt Zerspaltung eine Stärkung der Kasse durch Zusammenfassung zu erreichen suchten. In einigen Beispielen wurde nachgewiesen, daß mit der Errichtung der Innungs-Krankenkasse eine Schädigung der Gehilfen eingetreten war, wußten sie doch bald höhere Beiträge als in der Ortskrankenkasse entrichten, obwohl die Unterstufungen geringer waren beziehungsweise das Unterstufungsweien nicht in gleicher Weise ausgebaut war.

Kun endlich können wir einen Erfolg unserer Bemühungen buchen. Vom Vangewerksbund wurde uns die Abschrift eines Schreibens des Preussischen Ministers für Volkswohlpolitik Hirtfelder und zugleich des Reichsarbeitsministers Stegerwald überhandt, in denen darauf hingewiesen wird, daß durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 und die darin enthaltenen Vorschriften über die Errichtung neuer Krankenkassen eine andere Situation entstanden ist. Der neue § 225 a der Reichsversicherungsordnung verlangt nämlich, daß in Zu-

kunft Krankenkassen, also auch Innungs-Krankenkassen, nur dann errichtet werden dürfen, wenn die Mehrheit der abstimmbaren beteiligten Arbeitgeber und die Mehrheit der beteiligten volljährigen Arbeitnehmer in geteilter, nach Gruppen getrennter Abstimmung zugestimmt haben. In den Innungsbetrieben müssen auf die Dauer mindestens 150 Versicherungspflichtige beschäftigt werden. Auch bei Betriebskrankenkassen ist an Stelle des Betriebsrats die Mehrheit der beteiligten volljährigen Arbeitnehmer getreten. — Das Schreiben des Ministers Hirtfelder lautet:

„Im Hinblick auf die in der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 (RGBl. I S. 323 Nr. 27 ff) enthaltenen Änderungen der Vorschriften über die Errichtung neuer Krankenkassen, die auch für die Errichtung von Innungs-Krankenkassen von Bedeutung sind, betrachte ich die Kollektivvorgabe vom 21. Mai 1930 als erledigt und ersuche, hiervon die übrigen Unterzeichner dieser Eingabe in Kenntnis zu setzen.“

gez. Hirtfelder.“

Minister Stegerwald schreibt:

„Der Entwurf eines Gesetzes über Änderungen in der Krankenversicherung steht vor, daß die Gründung von Sonderkassen nur noch mit Zustimmung der Versicherer zulässig ist. Dadurch wird den von Ihnen beklagten Mißständen vorgebeugt werden.“

gez. Dr. Stegerwald.“

Danach hängt die Errichtung von Innungs-Krankenkassen jetzt in erster Linie mit dem Willen der Mehrheit der Arbeitnehmer ab. Wir zweifeln nicht daran, daß diese in allen Fällen gegen die Errichtung von Innungs-Krankenkassen stimmen wird, selbst dann, wenn ihr gegenüber mit niedrigeren Beiträgen, als sie sie an die Allgemeine Ortskrankenkasse leisten müssen, operiert wird. Die Erfahrung hat nämlich gelehrt, daß diese höchstens für die erste Zeit des Bestehens einer Innungs-Krankenkasse in Frage kommen.

So können die beteiligten Verbände einen schönen Erfolg buchen, worauf sie mit Recht stolz sein können.

Preis und Lohnbildung im Zeichen der Wirtschaftskrise.

Trotz des Wahlkampfes, der die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit bereits stark in Anspruch nimmt, nimmt die öffentliche Aussprache über das Problem Wirtschaftskrise, Preisenkung und Lohnhöhe den breitesten Raum ein. Dreht sich doch auch letzten Endes der Wahlkampf um diese großen wirtschaftlichen Fragen. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen Industrieländern versucht man der übergroßen Schwierigkeiten Herr zu werden, die sich aus der Wirtschaftskrise ergeben. Die Menschheit kann es nicht verstehen, daß, wenn der Produktionsapparat der Welt an landwirtschaftlichen und industriellen Grundstoffen herabgesetzt ist, daß bei gleichem Ansat menschlicher Arbeitskräfte mindestens 20 % mehr Güter als vor einigen Jahren erzeugt werden, auf der anderen Seite die Not der breiten Masse des Volkes steigen soll. Solange dieses Mißverhältnis in solch erschreckendem Maße zum Ausdruck kommt, solange wird man sich mit den Grundproblemen der Wirtschaft, Produktionsergebnis und Lebensstandard, beschäftigen müssen. Die Propagandastelle der Reichsregierung, die „Reichszentrale für Heimatdienst“, hat es sich angelegen sein lassen, ein Sonderheft des „Heimatdienst“ unter dem Titel „Preis- und Lohnbildung im Zeichen der Wirtschaftskrise“ herauszugeben. Der derzeitige Reichskanzler Dr. Brüning liefert dazu den einleitenden Artikel. Ueber den Zusammenbruch des Preisniveaus auf den Weltmärkten äußert sich Professor Dr. Wagemann, der Reichsbankpräsident Dr. Luther schreibt über „Kredit und Zins im Zeichen der Krise“, Dr. Tischersky verbreitet sich über die Kartellpreispolitik und ihre Wirkungen. Des weiteren steuern Beiträge bei Professor Julius Hirsch, Professor Beckmann, Reichsarbeitsminister Stegerwald usw.; der Zentrumsabgeordnete Professor Dr. Dessauer feuert einen Artikel „Preise und Löhne“ bei, der allgemeine Anschauungen widerlegt, wonach nur durch Lohnsenkungen die schwere Krise überwunden werden könne.

Der letztere Verfasser stellt die beiden am weitesten verbreiteten Grundfassungen über das Problem Löhne und Preise gegenüber. Die eine Auffassung, die namentlich in den Unternehmerkreisen verbreitet ist, geht von dem Gedanken aus, daß man die Löhne senken soll, um so allgemein die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Ferner will man durch Lohnsenkung eine Vermehrung des Investitionskapitals erreichen. Die andere Anschauung geht dahin, die gegenwärtige Lohnhöhe bestehen zu lassen und einen Preisabbau zu betreiben. Die Vertreter dieser Richtung, zu denen auch die Gewerkschaften gehören, verweisen auf die Steigerung der Preisspanne zwischen Produzenten- und Konsumentenpreis, auf die große Erleichterung, die die Zinsermäßigung gehabt hat, sie verweisen ferner darauf, daß die angeblichen erdrückenden und sozialen Steuerlasten, die immer wieder zur Begründung der erhöhten Preisspanne angeführt werden, nicht daran gehindert haben, daß ein starker Preisabbau bei verschiedenen Produkten erfolgen konnte. Eine Senkung der Nominallöhne würde eine Schwächung des inneren Marktes herbeiführen und zu noch stärkeren Wirtschaftskrisen führen. Professor Dessauer legt sich mit diesen Anschauungen folgendermaßen auseinander:

Lohnsenkungen sind eine mechanische, für den oberflächlichen Betrachter sehr naheliegende, sozusagen simple Methode. Auch bei ernstlichen Autoren findet man eine Argumentation wie die folgende: Lohnsenkungen seien bei Depressionen eine ebenso notwendige Voraussetzung für den Aufschwung wie die Senkung der Materialpreise oder der Zinsen. Denn wie bei den Materialien hänge die Höhe der Nachfrage von der Höhe des Preises ab. Senke man also, wie den Preis der Kohle, so den der menschlichen Arbeit, so könne man alle Arbeiter wieder an ihre Ar-

beitsstellen bringen. Dabei ist einiges übersehen. Wenn ich 10 Tonnen Kohle billiger kaufe, dann habe ich im allgemeinen 10 Tonnen Kohle von der gleichen Beschaffenheit wie wenn ich sie teurerer gekauft hätte. Über wenn ich die Arbeitskraft von 100 Menschen billiger kaufe, ist es dann schon sicher, daß diese verbilligte Arbeitskraft dieselbe ist, qualitativ und quantitativ? Ist nicht die menschliche Arbeitskraft ein sehr viel subtilerer, empfindlicherer Produktionsfaktor als Kohle und Eisen? Hat es sich nicht erwiesen, nicht einmal, sondern hundertmal, daß die Leistung der menschlichen Arbeit innerhalb gewisser Grenzen und insbesondere in der Nähe von kritischen Punkten sogar rascher wächst und sinkt, als die Bezahlung steigt und fällt. Ganz besonders, wenn die Bezahlung eine gewisse Grenze unterschreitet, so daß Lebenshaltung und damit Gemüts- und Geistesverfassung des Arbeitenden stark berührt werden, bringt die Lohnsenkung nicht eine Verbilligung, sondern eine Verteuerung der Produkte hervor.“

Im großen ganzen dürfte dieser Anschauung zugestimmt werden. Die sozialwirtschaftliche Seite zwischen Lohn und Leistung wird meistens zu wenig beachtet. Und doch ist es wichtig, sie einmal herauszustellen. Zugestimmen ist dem Verfasser auch in folgendem:

„Alle Lohnzahlungen bestehen darin, daß der Arbeitende einen Teil des durch seine Arbeit geschaffenen Güterwertes selber erhält. Gelingt es, mit sinkender Aufwendung menschlicher Arbeitskraft ein größeres Volumen volkswirtschaftlicher Güter hervorzubringen und zu verteilen, dann ist im Grunde die Entwicklung in Ordnung, und der Lohn, das heißt der Anteil an dem durch Arbeitseinsatz geschaffenen Gütern, kann mitsteigen oder mit anderen Worten dessen Kaufkraft wachsen. Es ergibt sich aus dem Bild (gemeint ist die Entwicklung in der Nachkriegszeit), daß Produktion und Lohn steigen sind, daß aber keineswegs die Entlohnung des menschlichen Arbeitsaufwandes, das heißt der Güteranteil der menschlichen Arbeitskraft, gegenüber der gesteigerten Güterproduktion sich erhöht hat. Damit ist auch grundsätzlich widerlegt, daß etwa die jetzige große Arbeitslosigkeit ihre Ursache in den gesteigerten Löhnen hätte.“ — Ein Teil der Ursache liegt darin, daß das Verhältnis zwischen dem Produktions- und Verteilungsapparat sich verschoben hat. Der Verteilungsapparat hat trotz aller Rationalisierung eine kolossale Ausblähung erfahren. Um aus diesem Dilemma einen Ausweg zu finden, wäre es richtiger, zunächst die Nominallohnsummen als gegeben hinzunehmen und sie dadurch kaufkräftiger zu machen, daß die Einzelpreise gesenkt werden. Dieser letztere allein mögliche Weg muß von einer ihres eigenen Schicksals bewußten Volksgemeinschaft gegangen werden, und zwar so, daß alle Methoden zur Detailpreissenkung (Zinsverbilligung, Rationalisierung des Verteilungsapparates, Vereinfachung der Sitten, Abbau ungerechtfertigter Spannen — wie bei einer großen Zahl der Markenartikel —, Reduktion überflüssiger Güter usw.) sofort in die Hand genommen werden und nur in einem gewissen Abstand und mit sehr großer Vorsicht das subtilste und gefährlichste Mittel der Lohnreduktion.“

Wenn diese Gedanken der Regierung als Grundlage ihres Handelns gedient hätten, dann hätte ihre Politik nicht den scharfen Widerstand gefunden haben. Je energischer die Preissenkung betrieben wird, desto größer ist das Vertrauen, das die Bevölkerung jenen Personen, die dies zuwege bringen, entgegenbringt. Die Arbeiterschaft hat die Lasten der Wirtschaftskrise auf sich genommen. Es scheint fast, daß sie sie umsonst tragen soll. Der Reichswirtschaftsrat hat durch sein Gutachten der Regierung einen Weg gewiesen, wie sie in die starre Front der Kartelle und Syndikats eingreifen vermag. Wir wollen sehen, inwiefern den vielen Worten nunmehr Taten folgen. Hier trifft das Sprichwort zu: „Der Worte sind genug gewechselt, jetzt laßt uns endlich Taten sehen“.

Wahltag — Zahltag!

Wahltag ist Zahltag! Ja, aber für den Arbeiter und Angestellten nur dann, wenn er es versteht, in richtiger Münze zu zahlen. Grundsätzlich falsch gerechnet wäre es aber, wenn heute noch gewerkschaftlich und politisch ungeschulte Arbeitnehmer glauben, es könnte besser werden, wenn die Nationalsozialisten oder eine andere bürgerliche Partei ans Ruder kämen. Diese irreführenden Menschen gehen gefühlsmäßig von dem Gedanken aus, daß die heutige Wirtschaftskrise in erster Linie auf Geldmangel zurückzuführen ist, der zum Teil durch die Kapitalflucht verschuldet wurde. Man glaubt, wenn wieder eine bürgerliche Regierung ans Ruder kommt, würden die fahnenflüchtigen Kapitalisten ihre Gelder nach Deutschland zurückholen und damit wäre der Weg für bessere Zeiten offen. Wer so denkt, begreift nicht, daß die augenblickliche Wirtschaftskrise ganz andere Ursachen hat. Zum großen Teil ist es der Mangel an Absatz, geboren aus der geringen Kaufkraft der großen Masse. Zum andern Teil spiegelt sich aber auch der Kampf um die Verteilung der Reparationslasten in der jetzigen Krise wider. Durch die Reparationen wird Deutschland ein Menschenalter gezwungen, alle Kapitalanlagen schärfer zu besteuern als die sogenannten Siegerländer. Und aus diesem Grunde, um dieser höheren Besteuerung zu entgehen, deshalb sind die Milliarden ins Ausland verflohen worden. Kann nun eine Nazi-Regierung oder eine andere bürgerliche Regierung diese Lasten vermindern? Wir sagen: Nein! Es kann sich nur um die Verteilung der Lasten handeln, darum, ob die große Masse oder der Besitz mehr oder weniger zu diesen Lasten berangezogen wird! Und da muß es jedem einzelnen klar sein, daß für die Entlastung der Arbeiterschaft nur eine Partei restlos eintritt,

die SPD.

Kriegsopfer und Reichstagswahl

Die größte Kriegsopferorganisation, der eine halbe Million umfassende Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, fordert in einem Aufruf die Kriegsopfer auf, aktiv am Wahlkampf teilzunehmen. Das Wahlrecht sei besonders für die Kriegsopfer verpflichtend. Die Erfüllung der hohen Aufgaben, die sich der Reichsbund zur Pflicht gemacht habe, sei nur in einem geordneten Staate eines freien Volkes, und durch die Sicherung des Weltfriedens zu erreichen. Der Reichsbund empfiehlt deshalb seinen Mitgliedern und deren Angehörigen, nur solchen Parteien am 14. September die Stimme zu geben, die sich rückhaltlos einsehen für Wahrung der demokratischen Volksrechte, für Erfüllung der Republik mit sozialem Inhalt, für weitgehende Sozialpolitik, für ausreichende Versorgung der Kriegsopfer, für Völkerverständigung, Abrüstung und Weltfrieden!



Das Schicksal des deutschen Kapitalismus.

Die kapitalistische Wirtschaft befindet sich nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch in einer unwidrigenden Krise. Das theoretische System, das dem reinen Kapitalismus der Vorkriegszeit zugrunde lag, ist zum großen Teil verschwunden. Die liberale Manchestertheorie gehört als wissenschaftliche Grundlage der Wirtschaft der Vergangenheit an und hat nur noch historisches Interesse. Heute mischen sich liberale Gedanken mit feudalen oder staatssozialistischen zu verworrenen Grundsätzen. So ist es auch erklärlich, daß selbst durchgebildete Wirtschaftsführer dem Gang der Wirtschaft hilflos gegenüberstehen und ihn nicht zu deuten vermögen. Gar erst die Sachverständigen der Wissenschaft, die Hochschullehrer und Professoren haben sich längst auf Gebiete zurückgezogen, die mit dem wirklichen pulsierenden Leben nur sehr wenig zu tun haben. Nur einige Forscher, wie Sombart, Brentano, Bonn, um nur die wichtigsten zu nennen, versuchen mit eigenem Rüstzeug den Gang der Dinge wissenschaftlich zu erklären. Die deutschen Wirtschaftsführer auf der andern Seite weisen keine überlegenden Gestalten auf. Als der Kapitalismus in Deutschland im stürmischen Vorwärtsschreiten sich verankerte, waren Industrieführer von Namen und Rang vorhanden. Krupp, Siemens, Rathenau und andere waren über die deutschen Landesgrenzen hinaus berühmt. Spricht man heute von großen Wirtschaftsführern, so denkt man an Ford, an die Leiter der General-Motors, an Kreuzer, Owen Young usw. Wenn die deutsche Wirtschaft sich trotzdem aus dem Elend der Kriegs- und Inflationwirtschaft erfolgreich erheben konnte, so liegt dies an der Summierung zahlreicher Einzelkräfte und nicht zuletzt an der Intelligenz der deutschen Hand- und Kopfarbeiter.

Einem der Verfechter der liberalen Wirtschaftsepochen ist der Professor Bonn. Dieser hat jetzt im Verlag von S. Fischer W., Berlin, seine Schrift „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus“ in erweiterter Auflage neu erscheinen lassen. In diesem lesenswerten Buche wird die kapitalistische Wirtschaft in der Nachkriegszeit sehr treffend gezeichnet. Bonn stellt in den einleitenden Kapiteln fest, daß die technische Produktionsmethode in den letzten Jahrzehnten einen großen Aufschwung genommen hat. Im Kriege fanden sich Mammon und Mars als Bestesverwandte zusammen. Ein autoritärer Kapitalismus war zur Herrschaft gekommen. „Knapp ein Jahrhundert hat genügt, um das Wort des Freiheitskämpfers in sein Gegenteil zu verkehren: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, schien nur noch Knechte zu wollen.“ Dieser autoritäre Kapitalismus ist in Europa in seiner reinen Form nur noch in wenigen Staaten vorhanden. Die Entwicklung der Demokratie hat den breiten Volksmassen Herrschaftsmomente in die Hand gegeben, die sie zu bestimmenden Faktoren machen würden, wenn sie sich ihrer Mission bewußt wären. Dennoch ist die wirtschaftliche Macht des Kapitalismus noch sehr groß, fast ausschließlich für die Politik der Staaten bestimmend. Politische und wirtschaftliche Macht klaffen heute weit auseinander. In diesem Zusammenhang schreibt Bonn:

„Die Politik ist demokratisch geworden. Und demokratisch wird sie bleiben, auch wenn vorübergehend irgendwo ein Diktator ersticht. Er wird in einem Industrielande ein Diktator des Volkes sein; und vertritt er nicht die Demokratie, so muß er das Proletariat vertreten. Wenn zur politischen Macht, die der Stimmzettel verleiht, ist die wirtschaftliche Macht gekommen, die in der Organisation der Arbeiter liegt. In einem industriellen Staate kann sich keine Macht halten, die nicht ein weitgehendes Maß von Rückhalt auf die organisierten Handarbeiter nimmt. . . . Da der Weg der Entrechtung der Masse nicht gangbar ist und da es ein Zurück von der Demokratie nicht gibt, muß der Kapitalismus demokratisch werden. . . . Er muß vor allen Dingen auch in seinen Leistungen demokratisch werden. Das heißt, er muß den Vorteil, den er dank seiner ökonomisch-technischen Vornehmheit besitzt, so ausnützen, daß der Nutzen des Kapitalisten des Nutzens der Allgemeinheit wegen ertragen wird. Der Kapitalismus wird nur dann geduldet werden, wenn er durch Verbilligung der Lebenshaltung und durch reichere Ausgestaltung der Lebensmöglichkeiten immer breitere Schichten zu seinen Nutznießern macht.“

Diese Theorie haben die amerikanischen Unternehmer begriffen und sind in ihren Leistungen demokratisch geworden, das heißt, sie haben die Allgemeinheit an ihren Folgen durch billige Verkaufspreise teilnehmen lassen. Kein Mensch wird bezweifeln, daß sie damit am besten gefahren sind. Der amerikanische Unternehmer setzt hohe Löhne als gegebene Größe an. „Hohe Löhne bedeuten starke Kaufkraft. Hohe Löhne oder soziale Lasten stellen aber auch die Versicherungsprämie dar, die das kapitalistische System zu zahlen hat. Wer sich über soziale Lasten beschwert und hervorhebt, der muß für hohe Löhne eintreten. Wenn der Kapitalismus das nicht will oder kann, muß er sich durch Uebernahme sozialer Lasten einschließlich ausreichender Arbeitslosenfürsorge verschern. . . . Der Kapitalismus, der soziale Lasten einsparen will, ohne sie durch hohe Löhne

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund hat nachstehenden Wahlauftrag erlassen:

Am 14. September soll das deutsche Volk durch die Abgabe des Stimmzettels entscheiden über die Zusammensetzung des neuen Reichstages. Das ist nicht nur bedeutsam für die Zusammensetzung oder für die zahlenmäßige Stärke der Fraktionen, sondern viel wichtiger für die Art der Entwicklung aller wirtschaftlichen und kulturellen Fragen in Deutschland. In dem Ausbau der Sozialversicherung ist die Regierung Hermann Müller gescheitert, die nachfolgende Regierung Brüning benutzte den Weg der Notverordnungen. Sie strich von dem Etat die sozialen Zuwendungen, die bisher unter Kämpfen errungen, beziehungsweise erhalten werden konnten.

Der Fonds für Leibesübungen im Reichsministerium des Innern ist gekürzt von 1 500 000 auf 850 000 M und eine weitere Streichung von 10 % ist zu erwarten.

Die ehrenamtlich tätigen Vereinsfunktionäre aller Art sollen zwangsläufig gegen Unfall versichert werden. Diese Unfallprämien sollen die Vereine zahlen.

Die Grund- und Vermögenssteuer soll in Zukunft auch für Sport- und Spielanlagen erhoben werden. Sie werden jeden Verein mit jährlich zirka 1000 M neu belasten.

Die Tarife der Eisenbahn erfahren eine weitere Erhöhung und machen so den sportlichen Wettkampf in Zukunft fast zu einer Unmöglichkeit.

Die staatlichen und kommunalen Unterstützung sollen abgebaut werden. Die Nazi-Regierung in Thüringen hat schon jetzt die zweite Rate der dem Arbeitersport zur Verfügung stehenden Gelder nicht zur Auszahlung kommen lassen. Dieses und vieles andere erwartet die Arbeitersportler, wenn sie sich nicht ihrer Kraft bestanen und alles mobilisieren, um den Kampf für die Liste 1

streichlich zu bestehen.

Die Sozialdemokratie hat bewiesen, daß sie mit vollem Ernst die jeweilige Situation erfährt und verfolgt. Die Sozialdemokratie hat bewiesen, daß sie sich des Arbeitersports immer mit besonderer Liebe angenommen hat. In welchem Maße sie es in der Zukunft tun kann, hängt einzig und allein ab von der Stärke mit der die Partei in das Parlament einzieht, deshalb ist die Parole aller Arbeitersportler:

Vorwärts in geschlossener Front!
Partei, Gewerkschaften und Kulturorganisationen schaffen durch einheitliches Handeln die Einheitsfront der Arbeit und damit die Voraussetzung für den Sieg des werktätigen Volkes, für den Sieg der Liste 1!

überflüssig zu machen, organisiert in der industriellen Reservearmee der Arbeitslosen unbewußt die wahre „Rote Armee“. . . . Hohe Preise und Arbeitslosigkeit sind auf die Dauer nicht erträglich. Stilllegungen und Entlassungen sind nur dann ohne große soziale Störungen durchzuführen, wenn sie die künftige Produktion leistungsfähiger und billiger gestalten.“

Nach diesem Prinzip haben die Amerikaner gehandelt. In der „Vossischen Zeitung“ hat Henry Ford kürzlich eine Artikelreihe über sein Produktionssystem und seine Lohnpolitik erscheinen lassen. In der ihm eigenen Weise versteht er es, seine wirtschaftlichen Erfolge ins Licht zu setzen. Ford erzählt, daß er von dem Gedanken, Dienst am Kunden, ausgegangen sei. Dann geht er auseinander, daß niedrige Löhne die Waren verteuern. Im vierten Artikel heißt es: „Früher einmal verlangten die Leute nur nach Nahrung; jetzt behaupten die Kritiker, daß unsere Prosperität schädlich ist, weil dadurch das Geistige im Menschen nicht entwickelt wird. Armut wurde damals für einen natürlichen Zustand gehalten. Jetzt betrachtet man sie als etwas Unnatürliches. Und bald werden wir Armut wie eine Krankheit behandeln.“ In den Ford-Werken betrug der Stundenlohn im Durchschnitt 1910 0,25 Dollar, 1920 0,88 Dollar und 1930 1 Dollar. Dies bedeutet, daß sich innerhalb von 20 Jahren der Durchschnittslohn in den Ford-Werken verdreifacht hat. Stellt man die Entwicklung der deutschen Löhne damit in Vergleich, so kann man feststellen, daß der deutsche Reallohn sich seit 1910 vielleicht um ein Geringes erhöht hat, oder gar noch auf der gleichen Stufe beharrt.

Zu Anschauungen, wie sie in USA Geltung haben, hat sich das deutsche Unternehmertum noch keineswegs durchzuringen vermocht. In den Anschauungen unserer Wirtschaftsführer klingt noch immer der autoritäre Herrschafts-

kapitalismus nach. Auf eigene Initiative verläßt man sich wenig. Immer mehr versucht man den Staat für seine Zwecke dienstlich zu machen. Man schimpft sehr weidlich über die sozialen Einrichtungen des Staates, aber doch nur zu dem Zweck, weil man glaubt, daß der Staat dadurch die eigenen Interessen vernachlässigen könnte. Diesen Zwiespalt hat Bonn in seinem Buche sehr treffend folgendermaßen gekennzeichnet: „Die gleichen Leute, die sich auf politischem Gebiet über die Untüchtigkeit der Demokratie ereifern und in Gewerkschaften und Tarifvertragsorganisationen und Methoden leben, die die Leistungsfähigkeit nach unten nivellieren, haben in ihren auf Schutzällen aufgebauten Verbänden und Kartellen die wirtschaftliche Demokratie der Untüchtigkeit vereinbart. Während sie sich gegen die politische Lohnfestsetzung durch staatlichen Gewaltpruch ereifern, erzwingen sie durch ihre politische Vertretung die politische Preisfestsetzung durch Kartelle und Schutzälle.“

Aus seinen Untersuchungen folgert Professor Bonn, daß ein solcher Kapitalismus, wie er sich in Deutschland zeigt, auf die Dauer nicht lebensfähig sei. „Er verkörpert die Rationalisierung des Stillstands, die Standardisierung der Erfolglosigkeit. Er sammelt seine ganze Kraft zur Verteidigung desjenigen Moments des Wirtschaftslebens, das den Fortbestand eines kapitalistischen Unternehmertums rechtfertigt des Risikos. Denn das Ideal einer Schutzpolitik, die in Stabilisierungspoliten endet, ist eine stationäre Wirtschaft, die dem kapitalistischen Unternehmer eine risikofreie Rente garantiert. Der Kapitalismus, der sich auf dieses Ideal zurückzieht, hat seine Daseinsberechtigung aufgegeben.“

Die Kritik, die die kapitalistische Wirtschaft von einem wohlwollenden Freund erfährt, ist mehr als berechtigt. Die heutige kapitalistische Wirtschaft ist ein Gemisch von Liberalismus, autoritären Kapitalismus und von staatlich subventionierten Rentenkapitalismus. Aus diesem Gemisch kann keine vorwärtstreibende Initiative erwachsen. Deshalb kommt Bonn zu der Feststellung: „Wahrlich, das Schicksal des deutschen Kapitalismus liegt in schwachen Händen.“

Die Unfälle im Malerberuf.

Säufigkeit. — Entstehungsurachen. — Erste Hilfe.

Safety first!

Suerst die Sicherheit! Das kann man in England an allen möglichen Stellen lesen, an Bahnen und Untergrundbahnhöfen, an Maschinen und in Betrieben. Die warnende Aufschrift kommt ursprünglich aus Amerika, wo sich eine förmliche Safety-First-Bewegung gebildet hat. Ihr Ziel ist es, in jeglicher sportlicher Weise darauf auszugehen, alle erdenklichen Unfälle auszuschalten, soweit sich das technisch überhaupt erreichen läßt. Die Bewegung findet in den gewerblichen und industriellen Betrieben der anglosächsischen Länder besondere Förderung und erzielt dort auch ihre größten Erfolge.

In der Tat spielen Unfälle in der Statistik der Krankheiten und der Sterbefälle eine außerordentlich große Rolle. Bei Malern und Lackierern sind Unfälle und Verletzungen etwas ziemlich Häufiges. Sie werden auf durchschnittlich 6% berechnet; wobei die Maler etwas mehr gefährdet sind als die Lackierer. Unter Betriebsunfall versteht man, der Rechtsprechung zufolge, eine durch plötzliche äußere Einwirkung entstehende Gesundheitschädigung, die im Betrieb entsteht. Ganz allgemein gesprochen, sind Unfälle in den gewerblichen Berufsgruppen erheblich zahlreicher als in den landwirtschaftlichen Berufsgruppen.

Die Unfallgefahr ist zunächst dadurch gegeben, daß die Tätigkeit des Malers sich vielfach auf hohen Gerüsten, Leitern usw. abspielt. Ein Sturz aus mehr oder minder großer Höhe hat Blutungen, Knochenbrüche, Verstauchungen und Verrenkungen zur Folge. Bei Wunden ist die Grundregel: Hände weg! Durch das Anfaßen der Wunde werden nur Schmutz und Krankheitserreger hineingerieben. Grobe Verunreinigungen, wie Straßenschmutz, Erdkrusten, werden durch Abwischen mit angefeuchteter reiner Leinwand entfernt. Zum Anfeuchten nimmt man abgekochtes Wasser oder reines Quellwasser. Dann kommt ein Schutzverband auf die Wunde. Die Stelle des Verbandes, die auf die Wunde zu liegen kommt, wird nicht berührt.

Bei einer Blutung wird ein fester Druck auf die blutende Stelle mit einer Mullkompresse ausgeübt, im Notfall mit einem reinen Taschentuch. Das verletzte Glied wird erhoben, ein fester Verband angelegt. Bei Verletzung einer größeren Schlagader (kenntlich am strahlenförmigen Spritzen hellroten Blutes aus der Wunde) ist elastische Umschnürung oberhalb der Blutung nötig, das heißt zwischen blutender Stelle und Herz (elastische Hosenträger, Gürtel, mit einem Stock zusammengedrehtes Tuch). Rasches Verbringen zu einem Arzt ist erforderlich, da ein Glied ohne Schaden nur etwa drei bis vier Stunden abgechnürt sein kann.

Beim Knochenbruch soll ein Verband die gebrochenen Knochenenden unbeweglich machen. Als Notschienen dienen Stöcke, Bretter, größere Malerpinsel, gerollte Zeitungen, Decken. Zur Polsterung nimmt man, soweit nicht Watte vorhanden ist, weiche Kleidungsstücke, Wolle, Lächer, Moos. Bei offenen Knochenbrüchen besteht an der Bruchstelle eine offene Wunde. Hier muß vor Anlegen der Schiene ein keimfreier Verband angelegt werden. Weiterhin wird verfahren wie beim Notschienenerverband des einfachen Knochenbruchs. Zweckmäßig wird auf Baustellen usw. ein kleiner Vorrat von Draht-Gitterschienen zur Anlegung von Schienen-Notverbänden vorräufig gehalten.

Sehr unangenehm sind Schwindelanfälle für den Maler, der auf hohem Gerüst oder sogar nur auf hoher Zimmerleiter beschäftigt ist. Ein Schwindelgefühl kann plötzlich mit solcher Heftigkeit auftreten, daß der Maler sich hilflos an den nächstbesten Balken klammern und die Augen fest schließen muß, um nicht herabzufallen. Wenn Schwindelanfälle auftreten, ist eine Erforschung ihrer Ursache sehr notwendig. Denn wird die Ursache nicht beseitigt, so können schwerste Unfälle die Folge sein.

Zuerst kommen Erkrankungen des Ohres oder des mit ihm eng verbundenen Gleichgewichtsorgans in Betracht.

Erkrankungen des Herzens oder der Blutgefäße, Nierenkrankheiten, Gehirnkrankungen rufen gleichfalls Schwindel hervor. Weiter sind Störungen in den Augenmuskeln in Betracht zu ziehen. Es besteht eine enge Verwandtschaft zwischen Migräne und Schwindel. Das Uebermaß eines Genussmittels wirkt Schwindel herbeiführend, entweder durch direkte Einwirkung auf das Gehirn, wie Alkohol, oder durch Belastung des Gefäßsystems bei Nikotin und Koffein.

Starke körperliche und geistige Anstrengungen führen zu vorübergehenden Schwindelanfällen, bei Fortdauer der Ueberlastung können sie sich oft wiederholen. Hier bringt Ausspannen Schwinden aller Schwindelercheinungen. Schwäche führt bei ungenügender Blutzufuhr zum Gehirn zu Schwindel. Ungenügende Darmtätigkeit läßt giftige Stoffe zu lange im Körper weilen, sie gelangen zum Teil durch den Darm ins Blut, mit ihm zum Gehirn und rufen dort auch Schwindelgefühle hervor. Erst nach Ausschalten der körperlich bedingten Ursachen wird man von rein nervösen Schwindel sprechen können. Er ist nicht selten, bei nervösen Menschen reicht zuweilen schon das Denken an Schwindel hin, um ihn hervorzurufen.

Ein Maler hat den Mast einer elektrischen Leitung zu streichen. Der ausgeschaltete Strom wird durch ein Versehen der Stromzentrale zu früh wieder eingeschaltet. Im selben Augenblick fällt der Maler an der Leitung, wie vom Blitz getroffen, bewußtlos zu Boden. Atmung und Herzschlag stocken. Nur lange durchgeführte künstliche Atmung gewinnt ihn wieder dem Leben.

Die augenblickliche Disposition (Empfänglichkeit) des Menschen für den elektrischen Strom ist für die Wirkung wichtig. Unfälle mit der Lichtleitung sind häufig auf Berührung mit feuchten Händen zurückzuführen. Feuchte Haut leitet den Strom 300mal so gut wie trockene. Wer auf einem Isolierboden steht, sei es eine Gummimatte oder Gummischuhe, bietet dem Strom so gut wie keine Durchtrittsmöglichkeit. Wer dagegen auf feuchter Erde steht, auf nassem Boden, in nassen Stiefeln, dessen Leitfähigkeit zur Erde ist erhöht. Auch wenn eine Leitung gut isoliert erscheint, sind unter Einwirkung von Dämpfen und Säuren allmählich Schäden eingetreten, an den defekten Stellen kann dem Nichtahnenden ein Schaden erwachsen.

Bei örtlichen Schädigungen durch den elektrischen Strom handelt es sich vornehmlich um Verbrennungen der Haut und des Gewebes. Allgemeine Einwirkung auf den Körper zeigt sich als Bewußtlosigkeit, Atmungsstillstand, Herzlähmung. Bei der ersten Hilfe darf der Helfende sich nicht selbst in den Stromkreis einschalten. Berührung des Verunglückten ist daher nur zulässig, wenn der Helfer sich auf einen starken Isolator stellt (Gummianterlage) und mit Gummihandschuhen den Verunglückten anfaßt. Der Strom wird abgestellt, andernfalls nach eigener Isolierung, die Leitung mit einem trockenen, nicht metallischen Gegenstand zerreißen. Bei elektrischen Unfällen ist Scheintod nicht selten, das heißt eine vorübergehend kaum mehr wahrnehmbare Tätigkeit des Herzens und der Atmung. Künstliche Atmung ist ein Hauptmittel gegen den elektrischen Tod. Oft führt erst stundenlange Fortführung zur Wiederbelebung, hier müssen die Helfer einander ablösen.

Beim Kochen des Firnisfes ereignen sich Verbrennungen. Bei Verbrennungen wird man kein Wasser verwenden, weil dadurch die Schmerzen nur gesteigert werden. Bei Verbrennungen ersten Grades ist Bestreichen mit Salbe angezeigt, wodurch meist rasch Linderung und Kühlung herbeigeführt wird. Sehr zweckmäßig ist auch Bespendern, eventuell nur mit sauberem Mehl. Verbände, wie sie bei stärkeren Verbrennungen nötig werden, sind zweckmäßig mit Brandbinden anzulegen, das sind mit Wismut gepulverte Binden, die vortreffliche Dienste leisten und in Unfallsapotheken nie fehlen sollten.

Nicht selten sind Kohlenoxyd-Vergiftungen. Sie kommen zum Beispiel in Räumen vor, in denen zwecks rascheren Trocknens der neugebauten Stellen Kohlsöfen aufgestellt sind. Rasche Hilfe ist hier nötig. Die dauernde Einatmung hat den Körper, ohne daß schwere Anzeichen vorhanden sind, langsam vergiftet. Plötzlich treten Kopfschmerzen auf, Bewußtseins- und Gleichgewichtsstörungen. Schwäche in den Beinen, Unmöglichkeit sich aufzurichten. Am Boden ist der Kohlenoxydgehalt der Luft noch höher, so daß der bewußtlos gewordene Arbeiter erhöht gefährdet ist.

Frische Luft ist zur Hilfe am wichtigsten, damit Lungen und Blut möglichst rasch wieder die notwendige Menge Sauerstoff zugeführt erhalten. Der Kranke ist also rasch in einen gutgelüfteten andern Raum zu bringen, die Kleider werden geöffnet, künstliche Atmung kann nötig werden. Gesicht und Brust werden mit Eßigwasser gewaschen, um die Gefäße anzuregen und den Blutumlauf zu beschleunigen. Aus dem gleichen Grunde sind heiße Bäder und kühle Uebergießungen am Platz. Wenn das Bewußtsein wiedergekehrt ist, verabreicht man starke Getränke (Kaffee, auch Alkohol).
Dr. W. Schweisheimer.

Berufsunfälle

Hamburg. Am 18. August rutschte der Kollege Otto Pflanzbaum auf seiner Arbeitsstelle beim Passieren einer Treppe aus und zog sich einen Oberschenkelbruch zu.

20 billige Bücher für den Maler.

- Der Weg zur Farbe 15,-
- Die Technik der Holzmalerei, 12 Tafeln in Mappe 18,-
- Die Perspektive für den Dekorationsmaler, mit 100 Zeichnungen 6,-
- 24 Schrifttafeln in Mappe, 25. Alphabete und Beispiele 10,-
- Fachblatt für Maler, Jahrgang 1925, gebunden, mit 36 farbigen Tafeln 10,-
- Fachblatt für Maler, Jahrgang 1926, gebunden, mit 48 farbigen Tafeln 12,-
- Fachblatt für Maler, Jahrgang 1927, gebunden, mit 66 farbigen Tafeln 15,-
- Fachblatt für Maler, Jahrgang 1928, gebunden, mit 85 farbigen Tafeln 20,-
- Fachblatt für Maler, Jahrgang 1929, gebunden, mit 85 farbigen Tafeln 25,-
- Die Geschichte der Dekorationsmalerei, illustriert, Ganzleinen 6,50
- Der Weggenosse für den praktischen Maler 18,-
- Das deutsche Farbenbuch, von Trillich, Ganzleinen 18,-
- Handbuch für Maler, von Wenzel 9,-
- Großes Malerhandbuch, von Koch, illustriert 34,-
- Das Ganze der Schildermalerei, von Wenzel, illustriert 7,-
- Die Farbensibel, von Ostwald 10,-
- Die Technik der Autolackierung, von Oliver-Wolff 20,-
- Form- und Farbenwunder der Spritztechnik, von Lüpke, broschiert 8,50
- Baumann-Profes Farbtonblocks, von 4,75, 9,-, 10,- bis 28,-

Verlag Fachblatt der Maler, Hamburg 36, Alster-Terrasse 10

oder durch die Filialverwaltung des Verbandes.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

- Angemeldete Patente.
Rl. 22 h. B. 128 319. Verfahren zur Herstellung von härzbaren Lacken. Bakelite G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstraße 48.
- Rl. 75 c. D. 59 263. Verfahren zum Haltbarmachen von Leeranstrichen. Dr. Dietrich Dieckmann, Braunschweig, Seefener Straße 2.
- Rl. 75 c. J. 10 230. Auftragsapparat für Reservierungsmittel, zum Beispiel Wachs. Industriewerke A.-G., Plauen, Vogtland.
- Rl. 75 c. Sch. 92 342. Verfahren und Vorrichtung zum Vorbereiten von Elektroisolerungsschläuchen für das Lackieren. Carl Schwan, Wuppertal-Barmen, Sedanstraße 82.
- Rl. 75 c. J. 40 156. Schablone für Batikverfahren. Industriewerke A.-G., Plauen, Vogtland.
- Erteilte Patente.
Rl. 75 c. 506 360. Doppeldose für Bronzepulver und Bronzeinktur. August Dürfler, Fürth, Bayern.
- Rl. 82 a. 506 121. Verfahren und Vorrichtung zum Trocknen von Waren, insbesondere lackierter Gegenstände. Luftheizungs- und Abgasverwertungs-G. m. b. H., Wuppertal-Barmen.

Bereinstell

Eingeländte Gelder für Monat August 1930

Altena 18,23, Augsburg 200, Bamberg 370, Beuthen 300, Bielefeld 500, Bremen 2000, Bremerhaven 700, Breslau 3000, Celle 300, Chemnitz 900, Darmstadt 1400, Dessau 500, Dresden 7000, Eisenach 400, Elbing 400, Emden 200, Erfurt 600, Essen a. d. R. 5000, Flensburg 700, Frankfurt am Main 5500, Frankfurt an der Oder 500, Freiberg 150, Friedberg 300, Fürstenwalde 200, Glogau 250, Gotha 1000, Greifswald 60, Hamburg 5000, Hamm 115, Hannover 7000, Heilbronn 200, Jena 350, Jüterburg 150, Kaiserslautern 300, Kiel 1500, Koblenz 150, Koburg 100, Köln am Rhein 3600, Kottbus 150, Kulmbach 100, Landeshut 70, Leipzig 4350, Liegnitz 500, Lübeck 1000, Münster 300, Neisse 200, Neustadt 250, Neustettin 50, Neustrelitz 400, Niesky 220, Oldenburg 420, Prenzlau 200, Regensburg 400, Reichenbach 250, Reudersburg 200, Schweinfurt 200, Schwerin 700, Sorau 300, Spremberg 150, Steffin 2900, Stralsund 300, Stuttgart 4000, Tilsit 200, Weimar 200, Weiskammer 130, Wesel 70, Wiesbaden 2050, Würzburg 1200, Zeitz 500 A.
L. Ringel, Kassierer.

**Werst die gelelenen „Maler“ nicht fort!
Gebt sie den Amorganierten!**

Literarisches

Leonhard S. Wolf: Ein Dorf im Dschungel. Roman aus dem Englischen Übertragen von L. W. Wehlig. 26 Seiten. Der Buchverleger G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7/8. Dieser illustrierte Roman ist mit packender Anschaulichkeit geschrieben. Roman erzählt sich durch wiederholte, durch die wachsenden Schilderungen des indischen Dschungels seiner naturhaften Ursprünglichkeit, seiner grandiosen Macht seiner Dürstert und seiner Gefahren: Hunger, Durst und Fieber zum andern durch seine erschütternde Darstellung des sozialen Lebens von Menschen, die so schon einen schweren Kampf um das Leben führen müssen.

Kulturfragen im Wahlkampf. Im Mittelpunkt dieses Wahlkampfes stehen die Grundfragen der Wirtschaft und der Sozialpolitik. Schärfer als in früheren Wahlkämpfen zeichnen sich die Klassenfronten ab: die Kapital- die Arbeiter- aber auch die kulturellen Gebiete treten diese Fronten schärfer als bisher hervor. Diesen Gebieten geht Dr. A. u. G. O. die im Verlaufe des sechsten erschienenen Augustheftes der „Sozialistischen Bildung“, in dem er die großen kulturpolitischen Aufgaben umreißt, die die Sozialdemokratie im Wahlkampf zu bewältigen hat. Eine gute Ergänzung zu diesem programmatischen Artikel bietet der umfangreiche Aufsatz von Leo Feilich: „Der kulturelle Niebergang der kommunistischen Bewegung“, der ein reichhaltiges Material über das Verhältnis der KPD zu den verschiedensten proletarischen Kulturorganisationen enthält und den geistig-moralischen Verfall innerhalb der letzten kommunistischen Bewegung schildert. Nicht minder aufschlussreich sind auch die Aufsätze von Dr. Ernst Höfing: „Staatliche Arbeiterbildung“, und von Erwin Marxquandt: „Bauaufgaben in der Volkshochschulbewegung“, in denen die wichtigsten Probleme der staatlichen Volkshochschulen sowie die staatsrechtlichen Voraussetzungen aufgezeigt werden. In einem bemerkenswerten Aufsatz von H. Braune: „Wege und Ziele sozialistischer Filmproduktion“, werden im Anschluß an die hiesigen Reichsbildungskonferenzen konkrete Vorschläge für den Ausbau des sozialistischen Filmwesens gemacht. In der „Sozialistischen Bildung“, der ständigen Zeitschrift der „Sozialistischen Bildung“, illustriert Dr. Kurt Edwienstein die Aufgaben der sozialistischen Lehrer im Wahlkampf. Ganz Weinberger wendet sich in energischer Weise gegen die Maßnahmen, die die bayerische Regierung gegen die Arbeiterfreunde Bewegung unternommen hat. Die „Sozialistische Bildung“ ist mit ihren Beilagen „Wachterwarte“ und „Sozialistische Erziehung“ zum Preise von 1,50 M für das Bietesjahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 P. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zu Verfügung.

Vom 1. Sept. bis 7. Sept. ist die 36. Beitragswoche
Vom 8. Sept. bis 14. Sept. ist die 37. Beitragswoche

Abrechnung vom 2. Quartal 1930.

A. der Filialen: Einnahmen	
Beiträge der Hauptkasse	534 231,65 M
„ der Filialen	150 059,23 „
„ zu den Verwaltungskosten	15 849,03 „
„ 5 %	3 821,48 „
Sonstiges	401,93 „
B. der Hauptkasse:	
Zinsen	66 663,76 „
„ Der Maler“	149,40 „
Sonstiges	2 222,97 „
Summa... 773 399,45 M	
A. der Filialen: Ausgaben	
Reiseunterstützung	194,95 M
Arbeitslosenunterstützung	40 226,51 „
Krankenunterstützung	24 466,93 „
Invalidenunterstützung	19 802,— „
Beihilfe in Sterbefällen	8 817,— „
Rechtschutz	97,80 „
Streikunterstützung	310,30 „
Gehälter der Filialangestellten	66 194,95 „
Versicherungsbeiträge	3 274,20 „
Sonstige Ausgaben	553,10 „
In den Filialen verblieben	150 059,23 „
B. der Hauptkasse:	
„Der Maler“	22 585,96 „
„Der Lackierer“	703,80 „
„Malerjugend“	5 588,70 „
Agitation, Konferenzen	6 465,20 „
Laribewegung	2 969,85 „
Beitrag an den ADGB	3 216,05 „
Flugblätter, Broschüren, Protokolle	1 735,80 „
Drucksachen	5 689,20 „
Statistik und Bibliothek	314,53 „
Bildungswesen	3 864,25 „
Verwaltungskosten, persönliche	18 866,94 „
„ sachliche	40 247,06 „
Soziale Fürsorge	11 462,05 „
Sonstige Ausgaben	1 159,10 „
Bezirksleitungen	23 247,34 „
Mehreinnahme	311 286,85 „
Summa... 773 399,45 M	

Hamburg, den 28. August 1930.

Louis Ringel, Kassierer.
Revidiert und für richtig befunden:
Hans Bah, Gustav Bejeuhr, Bruno Krebs,
Bruno Müller.

LINDCAR
Setzt auch Nähmaschinen!
LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT
BERLIN-LICHTENRADE
Unternehmen der freien Gewerkschaften
Lindcar-Fahrräder und Lindcar-Nähmaschinen
gegen kleinste Wochenraten, durch das Werk, unsere
Lieder gegen die Ortsausschüsse des A.D.G.B.